

Rede für die Kundgebung
„Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“
München, 11.01.2025

Mein Name ist Riad Othman und ich arbeite für die Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international seit über 12 Jahren zum besetzten Palästina und zu Israel. Ich danke den Organisatorinnen und Organisatoren der heutigen Kundgebung hier in München dafür, unsere Zusammenkunft zu ermöglichen – zumal in einem Land, in dem ich es 2025 nicht für selbstverständlich halte, dass es überhaupt den Raum dafür gibt, über Rechtsbrüche zu sprechen, wenn die davon betroffenen Menschen palästinensische Opfer sind.

Ich bin dankbar für die Möglichkeit und für diesen Raum, um öffentlich sprechen zu können über eine Situation, für die es mir seit 15 Monaten immer schwerer fällt, Worte zu finden. Sprechen zu können über eine Situation, über die schon so vieles geschrieben und gesagt worden ist und über die doch nicht genug gesprochen wird – oder wenn, dann oft in Worten, die ein klares Bekenntnis zu geltendem Recht, eine Bekräftigung der universalen Gültigkeit von Menschenrechten und Völkerrecht für alle ohne Ansehen der Person, ihrer ethnischen, religiösen oder sonst einer Zugehörigkeit, vermissen lassen. In einer Tonlage, die oft eine Empathielosigkeit zum Ausdruck gebracht hat, die in den vergangenen 15 Monaten v. a. dann zum Vorschein gekommen ist, wenn es um Palästinenser:innen ging, die aber sonst auch andere Minderheiten trifft.

Ich danke Ihnen und Euch deshalb auch dafür, dass Ihr heute Euren Weg auf den Marienplatz gefunden habt, um gemeinsam mit uns auch bei Minusgraden öffentlich zu zeigen, dass wir mit dieser Politik der kalten Herzen, mit dieser Politik der Entmenschlichung, wenn es um Menschen im besetzten Palästina und insbesondere in Gaza geht, nicht einverstanden sind.

Ich will aber unseren Blick nach Gaza richten, auf unsere Partner:innen dort: Majeda al-Saqqa ist eine von ihnen. Sie leitet die feministische Culture & Free Thought Association in Khan Younis, die sich früher v. a. für die Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen eingesetzt hat. Seit über einem Jahr kämpft sie ums Überleben, ihr eigenes ebenso wie das von hunderten Menschen, die sie und ihre Organisation bei sich aufgenommen haben. Ich habe bewusst Majeda al-Saqqa als Beispiel gewählt, weil ihre Stimme erst Ende November 2024 in Carolin Emckes Podcast „In aller Ruhe“ zu hören war, in einem [Podcast](#) also, der für die hier in München erscheinende Süddeutsche Zeitung produziert wird. Dort sagte sie u. a. „ein Zuhause zu verlieren heißt, die eigene Geschichte zu verlieren“. Und das wird Menschen in Gaza seit über einem Jahr massenhaft und planmäßig angetan.

Majeda al-Saqqa hat ihr Zuhause verloren. Kolleginnen und deren Familien haben ihre Wohnungen und Häuser verloren. Sie und ihre Organisation haben ihr größtes Frauen- und Jugendzentrum durch israelische Bombardements verloren. Sie leben in den Trümmern, in einer Geisterstadt, wie sie sagte, umgeben von Menschen, die täglich ums eigene Überleben kämpfen, umgeben von Menschen, die ebenfalls alles verloren haben, umgeben von Toten und den Geistern derer, die unter den Trümmern liegen und weder geborgen noch beerdigt werden konnten.

Wir unterstützen Majeda und ihre Kolleginnen dabei, Unterstände für Menschen zu bauen, denn Zelte gibt es schon längst nicht mehr in Gaza oder sie sind so teuer, dass kaum jemand sie sich leisten kann. Die Organisation betreibt außerdem ein provisorisch zusammengeflacktes Zelt für medizinische Untersuchungen und gibt Lebensmittelhilfen aus, wenn sie etwas zum Verteilen findet.

Und das ist nur ein Beispiel dafür, was unsere sechs Partnerorganisationen im gesamten Gazastreifen unter den widrigsten und gefährlichsten Umständen, die sie jemals erlebt haben, weiterhin zu tun versuchen, im Norden auf Grund der

weitgehend abgeschlossenen ethnischen Säuberung des Sektors durch die israelische Armee und der damit verbundenen Gefahren jedoch leider immer weniger.

In Deutschland scheint die faktische Unterstützung der israelischen Regierung bei dem, was sie in Gaza tut, im Wahlkampf der etablierten Parteien keine Rolle zu spielen. Sie haben eine umstrittene Resolution mit dem Titel „Nie wieder ist jetzt!“ verabschiedet und schweigen im Wahlkampf zu schwersten Verbrechen in Gaza.

Stattdessen wird wahlweise darüber diskutiert, ob bestimmte Begrifflichkeiten mit Israel zu hart ins Gericht gingen oder gar antisemitisch seien, während sich die Bekanntgabe der Eröffnung eines umfangreichen Verfahrens gegen den israelischen Staat wegen des Verdachts auf die Verletzung der Genozid-Konvention vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag in rund zwei Wochen, am 26. Januar, zum ersten Mal jährt.

Oder es wird, wie in der Regierungspressekonferenz am 6. Januar, wieder einmal um Tatsachen herumgeredet wie die, dass 85 bis 95 Prozent der palästinensischen Bevölkerung, die sich am 5. Oktober 2024 noch im nördlichen Sektor Gazas befunden hatte, mittlerweile von dort vertrieben worden ist – und zwar mit wiederholter Ansage der israelischen Armee und politischer Führungsfiguren. „Ethnische Säuberung“ wollte das der Sprecher des Auswärtigen Amtes dennoch nicht nennen.

Wir stehen heute hier für einen gerechten Frieden, also nicht nur für Frieden, sondern auch für Gerechtigkeit. Eine grundlegende Voraussetzung, um überhaupt in die richtige Richtung zu kommen, wäre es, auf die Einhaltung des Rechts zu beharren. In kaum einem Fall aber hat sich die Bundesregierung so deutlich vom Recht abgewendet wie in dem der Palästinenser:innen und Israels. Deshalb muss ich zum Schluss meines Beitrags doch wieder nach Deutschland zurückkehren: Die Gefahr, die daraus erwächst, mag momentan v. a. für die palästinensische Bevölkerung tödlich sein. Sie sollte aber jede und jeden aufrütteln, der diese Rechte und ihre universale

Gültigkeit für schützenswert hält. Rechte sind keine Privilegien, die beliebig erteilt und entzogen werden können. Genau so aber wird mit ihnen im Fall der Palästinenser:innen aber umgegangen. Und dieser Umgang mit dem Recht, seine so offenkundige Missachtung betrifft eben nicht nur Palästinenser:innen, sondern uns alle.

Zum Abschluss möchte ich deshalb eine Bitte äußern: Jede und jeder sollte bei der nächsten Kundgebung zwei, drei, besser noch vier oder fünf Angehörige, Freund:innen und Arbeitskolleg:innen mitbringen. Ich will mit meiner Bitte keine Missachtung von Protesten in München zum Ausdruck bringen, die es wahrscheinlich ohne mein Wissen gibt, sondern ich möchte zu weiteren Aktionen ermutigen: Im Idealfall wartet Ihr, warten Sie nicht darauf, dass wir NGOs zu einer weiteren Kundgebung aufrufen, sondern tut das bitte, bitte auch selbst.

Vielen Dank.